

Hallesche Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erstausgabe an jedem Montag nachmittags. Die Besuchs-Zahl des Blattes beträgt in Ost- und West-Preußen 190.000, durch die Post bei freier Zustellung monatlich 170.000, in den übrigen Provinzen 140.000 monatlich. Die halbesche Zeitung hat eine Auflage von 100.000 Exemplaren. Die halbesche Zeitung kostet im Abonnement für ein Jahr 120.000, für sechs Monate 60.000, für drei Monate 30.000, für einen Monat 10.000. Ferner ist die halbesche Zeitung für 40.000 im Einzelverkauf und für 10.000 in umschickbaren Heften. Abzugeben in der Expedition.

Verlags-Redaktion: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Ost-Preussenhofstr. 17. Fernsprecheinrichtungen: Central-Telefonnummer 1140 und 1142. Einzel-Telefonnummer: Halle a. S., Postfach 1000. Fernsprecheinrichtungen: Halle a. S., Postfach 1000. Fernsprecheinrichtungen: Halle a. S., Postfach 1000.

Generaldirektor Cuno Außenminister?

Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung / Heute Verhandlungen mit den Parteien Verhinderung der Orientkonferenz / Verschiebung der Laufanner Konferenz auf acht Tage.

Umbildung des Kabinetts Wirth.

„Konzentration der Kräfte.“

Als in der vorigen Woche die Berliner Verhandlungen der deutschen Regierung mit der Reparationskommission zu Ende gegangen, merkten auch diejenigen, denen kein Blick hinter die Kulissen vergönnt war, daß eine innere Krise im Anzuge sei. Heute stehen die Dinge so, daß das Schicksal der Wirth'schen Politik erst wieder an dieser neuen gefährlichen Klippe vorübergehen muß, um auf das Rettungs- und Reparationsproblem zurückzukommen. Dem Ernst der Stunde entsprechend vermißt der Reichsfiskus bisher das unbeliebte Wort Krise und gab die Forderung aus: Konzentration der Kräfte. Um seine Schritte möglichst harmlos einzuleiten, suchte Dr. Wirth in geschickter Weise an jene Aussprache mit den Parteien über ein wirtschaftliches Aktionsprogramm an, die kurz nach der letzten Sitzung des Reichstages begonnen hatte, aber durch den Doppelbruch der Reparationskommission und der ausländischen Finanzbehörden unterbrochen wurde. Wie soll nun die „Konzentration der Kräfte“ herbeigeführt werden? Antwort: Durch eine Umbildung des Reichsfinanzministeriums. Während aber bisher bei parlamentarischen Systemen dies die Aufgabe der Parteien war, während man bisher dachte, daß dazu eine neue Koalition notwendig sei, verjagt der Reichsfiskus einen anderen Weg. Sein Ruf ergeht nach Persönlichkeiten, nicht nach Fraktionenmitgliedern. Er braucht einen Außenminister, einen Chef für das Wiederaufbauministerium und drittens unter Umständen einen Minister ohne Portefeuille.

Wie denken nun die Parteien über den Fall? Die Deutsche Volkspartei ist im Verlaufe der Regierungsverhandlungen mit der Reparationskommission von dem Kabinett Wirth merklich abgerückt, während sie sich vorher doch schon deutlich genähert hatte. Wenn es dem Reichsfiskus gelingt, Männer in das Kabinett zu ziehen, die der Deutschen Volkspartei nahesteht, dann wird es nur ein Streit um Worte sein, ob die Partei zur neuen Koalition gehört oder nicht. Die Sozialdemokraten ebensofalls mit den „Volkspartei-Vertrag“ ernst nehmen, und sofort ist wieder der Bruch und die Krise da. Die bereitwilligen Sozialdemokraten sind seit dem für sie so günstigen Ausfall der Reichstags-Wahlen an Mut und Stolzkraft härter geworden. Sie lassen es auf jede Art und Weise ankommen. Etwas nach dem sozialdemokratischen Kreise auf Reichswahlen hingedräht, um eine Forderung der Lage zu erzielen.

Andere Parteien, so namentlich die Deutschdemokratische Partei, haben davor wiederholt eindringlich gewarnt. Daß Reichswahlen bei der jetzigen trostlosen Lage eine Katastrophe führen müßten, kommt den radikalen Parteipolitikern offenbar nicht zum Bewusstsein. Oder glauben sie, daß Boncompagni, Bonar Lam und Mussolini waren, bis das deutsche Volk in einem neuen Reichstag seine „konzentrierenden Kräfte“ herauszubestimmen hat? Die politische Welt Deutschlands ist gerade jetzt über das Währungsproblem in zwei Lager gespalten. In dem einen Lager heißt das Ziel: Erfolg; erst muß der Mark gelassen werden; über das andere kann man später reden. Die andere Seite sagt: Zuerst muß Deutschland der Entlastung von außen, der Produktionsvermehrung im Innern gewis sein; dann hilft sich die Mark selber. Die erste Gruppe ist von der Sozialdemokratie geführt, die zweite von der Deutschen Volkspartei. Der Gegensatz hat bereits zu den heftigsten Auseinandersetzungen geführt. Als Auslandsnachrichten und Wirtschaftserfordernisse werden die einen, als Inflationisten und Konjunkturräuber die anderen gebremst. Ein Duell Boncompagni'stines hat begonnen und es scheint noch nicht zu Ende zu sein. Ist es nun nicht möglich, den Haber der Parteien zu beschönigen? Die Regierung muß es versuchen! Sie hat auch bei parlamentarischen Regimen sehr wohl das Recht, Wirtschaftsminister für Erweiterung und Säuberung des Kabinetts heranzuziehen, die nicht ausgeprägten Koalitionen und Parteipolitiker sind. Es kommt nur darauf an, durch geschickte Verhandlungen die Genehmigung der Parteien zu erreichen.

Bisher sind nur unverbindliche Versprechungen abgegeben. Die eigentlichen Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts lassen erst heute beginnen. Wie aus Berlin berichtet wird, geht die allgemeine Meinung dahin, das ganze Kabinett zum Rücktritt zu veranlassen und dann Dr. Wirth durch den Reichspräsidenten von neuem mit der Bildung des Ministeriums zu betrauen. Namen werden bereits in größerer Zahl genannt. Als künftiger Reichswirtschaftsminister wird der volksparteiliche Abgeordnete von Naumer bezeichnet, er erklärt aber selbst, daß mit ihm noch gar nicht verhandelt sei. Vor allem spielt der Name Stresemann in den Kombinationen eine hervorragende Rolle. Das Berliner Tagelager erzählt, für ihn solle ein besonderer Posten, der des Spracherfinders, geschaffen werden, der dem Reichsfiskus einen Teil der großen Arbeitslast, namentlich in der Vertretung der Politik nach außen hin, abnehmen könnte. Wie dem auch sei, jedenfalls erscheint der Grund

unferer Lage, daß die Parteien ihren Blick auf das Ganze und nicht auf ihre Spezialinteressen richten. Zeigen sie sich in der gegenwärtigen Stunde nicht der Situation gewachsen, geht die Umbildungsaktion in Parteigeiz und Reichsfeindlichkeit unter, so ist Deutschland mehr als je von Unheil bedroht. Daß die Einsicht komme, wozu wir hoffen, obwohl noch am Sonntag aus den Partikularien festiges Streben herüberströmte.

Der erste offizielle Schritt.

Berlin, 12. November. Auch am heutigen Sonntag sind die Besprechungen über die Regierungsumbildung zwischen dem Reichsfiskus und den Parteiführern zum Teil fortgesetzt worden. Ihr Ergebnis ist, daß Dr. Wirth morgen an den Generaldirektor der Hamburg-America-Linie, C. v. Cuno, die offizielle Anfrage richten wird, ob er bereit ist, das Außenministerium zu übernehmen. Nach der vorangegangenen Unterredung mit Generaldirektor Cuno ist anzunehmen, daß er diesen Antrag annehmen wird.

Eine Koalitionsregierung in Weimar?

Weimar, 13. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Eisenacher Tagespost“ erfährt, beabsichtigt die Vereinigte Sozialistische Partei im Thüringer Landtag mit den Demokraten und einer weiteren bürgerlichen Gruppe, namentlich dem Landvolk, Fühlung zu nehmen, um im Landtag eine Mehrheit für die Befugnis des durch den Rücktritt des Justizministers von Brandenstein erledigten Postens des Justizministers durch ein Mitglied der nichtsozialistischen Parteien zu gewinnen.

Die Orientkonferenz verlagert.

Frankreich mit der Konferenzunterredung einverstanden.

Paris, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die französische Regierung hat in der Frage der Verlegung der Laufanner Konferenz im letzten Augenblick nachgegeben und die von England geforderte Verschiebung des Gründungsabendes bis zum 20. November angenommen. Dieses vorüber der folgenden Note: Der Herr, der Vertreter der Angorregierung, ist vorgestern nachmittags dem Ministerium des Auswärtigen von der Verlegung der Laufanner Konferenz bis zum 20. November verständigt worden. Der Herr hat sofort die notwendigen Schritte unternommen, den Führer der türkischen Abordnung, Ismid Pasha, der am 9. November Konstantinopel im Orient-Express verlassen hat, um sich nach Lausanne zu begeben, davon zu unterrichten. Wahrscheinlich wird Ismid Pasha, wenn ihn die Nachricht rechtzeitig erreicht, nicht in Lausanne bleiben, sondern die Reise sofort nach Paris fortsetzen.

Die Verlaute, war für die französische Entscheidung, der Verlegung der Laufanner Konferenz, daß die englische Regierung nur der feste Wille Englands, vor dem Abbruch der Parteien die Konferenz nicht zu eröffnen, sondern auch die Tatsache maßgebend, daß auch die anderen Staaten infolge des unruhigen Standes der Frage noch keine Vertretung für die Konferenz ernannt haben. Namentlich stützt sich auf den Wunsch nach einer Vorberedung der drei alliierten Hauptmächte. Wie man annimmt, werden noch im Laufe dieser Woche solche Vorberedungen stattfinden, neben denen die Verhandlungen Ismid Pasha mit diesen Mächten einverleiben sein wird. Auch die Verlegung des Gründungsabendes in einer großen Sitzung, an der auch Ismid Pasha teilnahm, begonnen. Andererseits erwartet man in England die Ankunft des französischen ersten Vertreters für Konstantinopel, des Posthalters Parrot, um auch dort Verhandlungen führen zu können. Boncompagni hat gestern im Hinblick auf die alarmierenden Gerüchte aus Konstantinopel die ihm von Ismid Pasha noch vorgehaltene Rückfragen für die Vertretung von Konstantinopel genehmigt. Man hofft, daß England mit diesen Mächten einverstanden sein wird. Auch die Verlegung des Gründungsabendes hat eine französische Mitteilung, die noch nicht offiziell bekannt worden war, über das Schicksal von 30 verschwundenen griechischen Soldaten Aufschlüsse zu erwarten, 28 dieser Soldaten als Leichen aufgefunden.

Ablehnung der Konferenzteilnahme Australiens.

Sydney, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.) Keuter berichtet die Meldung, daß die australische Regierung das russische Verlangen nach der Zulassung von Delegierten in Lausanne ablehnt, da die Friedenskonferenz, nach den Nachrichten offen liege, die im Kriege mit der Türkei waren, dagegen werden die Sowjetvertreter an den Verhandlungen über die Meerengen teilnehmen und mit ihnen zugleich auch Vertreter der Ukraine und Georgiens zugelassen werden.

Wahlprophезierungen in England.

London, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der diplomatische Mitarbeiter der Sun am Times schreibt, in Neiermanns-treuen erwarde man eine Mehrheit der Konservativen von 20 bis 30 Sitzen gegenüber den anderen Parteien. Die voraussichtliche Zusammensetzung der neuen Parlamentskammer werde folgende sein: Konservativen 225, Arbeiterpartei 183, Unabhängige Liberale 100, Nationalliberale 55, andere Parteien 5.

Heutiger Stand des Dollars \$300!

Waffenstillstandsfete in Paris.

Paris, 12. November. Der Jahresfest des Waffenstillstandes wurde heute in Paris durch eine Minute allgemeiner Stille gesehrt. Auf einer Kanonenschüsse hin räumte der Verkehr. Das Publikum eroberte die Häuser, Straßenbahnen und Autos (sahen) und das Geflüge vor dem Grab des unbekanntem Soldaten unter dem Armbinden wurde auf eine Minute stillstand. In der Freier vor dem Grab nahmete Gerüchten: Mili-tärisches, das gesamte Ministerium, die in Paris anwesenden diplomatischen Vertretungen der Alliierten, sowie der jüdische Bot-schafter, Autonomie de Leon, teil. Die Hauptfeier spielte sich auf der Wirkung des Waldes von Compiegne bei Verdones ab, auf der sich die Jüge des Marcial's noch und der heutigen Anführer besetzten. Präsident Millerand verließ Paris mit dem gesamten Ministerium Paris um 1 Uhr 20 Minuten verlassen und war um 2 Uhr 30 Minuten in Verdones eingetroffen, wo ihn sämtliche Diplomaten der Verbündeten, Marcial's noch, Admiral Lord Fisher, Wemys, Marcial's noch, Admiral Lord Bunsell, General Alricci und andere erwarteten, die in einem Extrarade bereit vorher dort eingetroffen waren. Präsident Millerand ermittelte auch den Minister und Vertreter Admiral Wemys die Militär-medaille. Die große Rede des Marcial's hielt Ministerpräsident Boncompagni, der in langen Ausführungen betonte, daß Deutschland am Tage des Waffenstillstandes völlig zusammengesunken war. Boncompagni schloß mit den Worten: „Deutschland habe sich oft geirrt, allein oder fast allein gegen eine Welt von seinen zu stellen. Es hätte aber rechtzeitig erkennen müssen, daß die Welt-koalition die Härte der Bestrafung seiner unerschütterlichen Politik war. Vor vier Jahren hat diese Welt sich zu Ende geschlossen. Möge Deutschland“ so heißt Boncompagni seine Zuhörer, die Welt, die es erhalten hat, niemals vergessen, möge die Welt, die Deutschland diese Welt erteilt haben, ein treues Andenken bewahren!“

Der Tod in der Gefangenschaft.

Eine grauzige Statistik.

Aus einer Antwort des Reichsministers des Innern auf eine kleine Anfrage ist zu ersehen, daß nach deutscher Schätzung ungefähr 12,2 Prozent Kriegsgefangenen in der Gefangenschaft ge-todes sind. Die vom Auslande mitgeteilte Zahl der in der Kriegsgefangenschaft gestorbenen Deutschen zeigt nur einen Prozentsatz von 5,5. Die Angaben aus England und Amerika stimmen mit den deutschen Schätzungen überein, für Frankreich werden 38 000 Tote geschätzt, während in England 25 229 geschätzt sind. Die Angaben liegen jedoch nicht vor, Deutschland schätzt die Zahl der Toten auf 87 Prozent. Den höchsten Prozentsatz hat Rumänien mit 12,98 sind nach rumänischer Schätzung 2367, d. h. 13,1 Prozent, gestorben. Das ist schon ein ungeheurer Bruchteil; Deutschland schätzt die Toten aber auf 5000, das sind nicht weniger als 39 Prozent unterer Krieger, die das Unglück hatten, in den ungläubigen rumänischen Gefangenen-lagern untergebracht zu werden. Die Gesamtzahl der in Gefangenschaft gestorbenen Deutschen beträgt rund 122 000.

Drohung der Danibremen.

Berlin, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Allgemeine Arbeiter-Verband hat am heutigen Abend im Sinne seines Verbandes ab zu dem neuen parlamentarischen Delegationen aus allen Teilen des Reiches auch Vertreter der Kantienbremen-Organisationen, Vertreter der Tischolomolei und der Schwere erziehen werden. Nach den Verhandlungsansprüchen des Vorstands sind vier sprach Aufseher und vier Arbeiter. Die Zeitpolitik des Verbandes sprach dann Emonts, der einen Ueberblick über die Lagebewegung im Bergbau während des abgelaufenen Geschäftsjahres gab und dann zu den letzten Tarifverhandlungen Stellung nahm. „Der Kampf muß weiter gehen“, erklärte Emonts, „wir können noch etwas anderes tun, als in Verhandlungen „Nein“ sagen, wir können die Waffen aufbehalten und aufrufen. Und wenn sie unteren Beschlüssen zustimmen, dann wird sich der Kampf elementar anschießen. Trotz aller Anstrengungen nach Berlins und Witten, die in der Kantienbremen-Organisation zu versöhnen sind. Die Ungarigen können und werden kämpfen!“

Das neue Reichsanappellatsgesetz

wurde im sozialpolitischen Anknüpfung des Reichstages am 10. November beraten. Der Reichsarbeitsminister Trauno wird auf die Zersplitterung im Anknüpfungswesen hin. Wenn auch einige Länder mit der Vereinfachung begonnen hätten, so hätten doch bis vor kurzem noch 110 Einzelverordnungen bestanden. Die Vereinfachung durch das Reich sei daher ein Gebot der Notwendigkeit. Die neue Regelung wird die volle Freizügigkeit sicherstellen. Die Verwaltungsämter werden in den Anknüpfungswesen. Ihre Leistungen sollen sich auf die Kantienbremen, Anknüpfungswesen, Witten- und Wittenverordnungen erstrecken, während die Kantienbremen-Organisationen in den Kantienbremen-Organisationen bleiben. Das Reich werde nur gewissermaßen Oberinstanz auf gesetzgeberischem Gebiete sein. Die Mittel zur Bekämpfung der Ausgaben sollen teils im Kapitalbedarfsverfahren, teils durch Anlagen aufgebracht werden. Neu hinzu tritt die Verleihung der Anknüpfungswesen des Bergbaus. Eine Umgestaltung findet hinsichtlich der Kantienbremen-Organisationen statt. Ebenfalls bedeute die Zusammenfassung der verschiedenen Kantienbremen-Organisationen in eine einheitliche Reichsorganisation einen großen Fortschritt. Die Vertreter der einzelnen Kantienbremen-Organisationen im großen Ganzen zustimmend zu dem Gesetz aus, wüssten aber gewissermaßen den Kantienbremen

